

5. Ost-westeuropäisches Gedenkstättenseminar in Krzyzowa (Kreisau)

Vom 19.-21. April 2007 fand das ost- westeuropäische Gedenkstättenseminar in Kreisau (Krzyzowa, Polen) zum fünften Mal statt. Eingeladen hatten die Gedenkstätte der Stiftung Kreisau, die Evangelische Akademie zu Berlin und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In diesem Jahr widmete es sich den vielfältigen erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Konflikten, die ihre Ursprünge in einer gemeinsamen, jedoch oftmals national unterschiedlich bzw. gegensätzlich interpretierten Vergangenheit haben. Im Mittelpunkt des Interesses stand auch dieses Mal wieder die konkrete Arbeit in Museen, Ausstellungen und der Bildungsarbeit. Leitende Fragestellung war, wie mit den unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven, aber auch mit Irritationen umgegangen wird, die häufig daraus resultieren, dass Ausstellungen zumeist im nationalen Kontext entstehen und durch nationale Deutungsmuster geprägt sind, jedoch auch von einem internationalen Publikum besucht und rezensiert werden.

Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreter von Museen und Gedenkstätten aus Polen, Ungarn, Weißrussland, Russland, der Ukraine sowie des Pönschen Instituts des nationalen Gedenkens (IPN). Viele hatten bereits an den Diskussionen der letzten Jahre in Kreisau teilgenommen. Auf diese Weise konnten sie in den Diskussionen über Ausstellungen und Projekte aus Polen, Russland und Ungarn an ihren bisherigen Austausch anknüpfen. Jenseits der fundierten inhaltlichen Diskussionen, fiel der respektvolle und interessierte Umgang miteinander auf. Angesichts der oftmals geschichtspolitisch aufgeladenen und emotional geführten Kontroversen um die Deutung von historischen Ereignissen und Abläufen in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten ist dies sicherlich keine Selbstverständlichkeit und ein wesentliches Resultat des kontinuierlichen sachlichen Austauschs im Rahmen der vorangegangenen Seminare. Gleichzeitig ermöglichte die Einführung in bisherige inhaltliche Schwerpunkte durch die Veranstalter auch neuen Teilnehmern einen leichten Einstieg in die Debatten.

1. Sektion: „Unterschiedliche Wahrnehmung der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts in Europa“

19. April 2007, vormittags

Den Auftakt der Tagung bildete ein DIA-Vortrag von **Anna Kaminsky** (Stiftung Aufarbeitung, Berlin), in dem sie veranschaulichte, wie sich die Erinnerung an die Verfolgung im kommunistischen Machtbereich in Form von Denkmälern, Ausstellungen und Museen seit 1990 materialisiert hat. Deren weltweite Dokumentation ist Teil eines Projekts der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dessen Ergebnisse derzeit in einer Datenbank zusammengefasst werden. Schwerpunkt des Vortrages war die Rezeption kommunistischer Verbrechen, sowohl in Westeuropa und den USA, Kanada und Australien, als auch in den Staaten Ostmitteleuropas und der früheren Sowjetunion.

In den USA sei das Interesse an der Erinnerung an die Berliner Mauer, den Kalten Krieg und die Überwindung der deutschen Teilung als Erfolgsgeschichte seit 1989 schlagartig gewachsen. In Anbetracht von Denkmälern in Uruguay, Australien, aber auch des Britischen Kriegsmuseums könne ein wachsendes Interesse auch in Ländern der westlichen Welt vermutet werden. In Russland hingegen schlagen sich seit einigen Jahren Tendenzen in der Mahnmalsgestaltung nieder, positiv Bezug auf die Stalinära zu nehmen. Staatlich finanzierte Büsten Stalins anlässlich seines 125. Geburtstages am 6. Dezember 2005 in Jakutien seien keineswegs Einzelfälle. Doch auch Inhalte und Formen zur Erinnerung und Würdigung der Opfer stalinistischer Verfolgung erschienen aus deutscher Sicht oftmals als kritikwürdig. Hier, so Kaminsky ausdrücklich, seien jedoch nicht nur die jeweiligen Mahnmale und Museen zu kritisieren, sondern die eigenen westlich geprägten Maßstäbe zu überprüfen. So gerieten Mahnmale im Baltikum unter westeuropäische Kritik, wenn sie zur Bekräftigung ihrer jeweiligen nationalen Identitäten und Abgrenzung gegenüber Russland auch Nationalisten des Befreiungskampfes würdigten, die aus westlicher Sicht nicht als Vorkämpfer von Demokratie und Freiheit bewertet würden.

Insbesondere wenn es um die Darstellung der mehrfachen Verfolgung ginge, stieße das westeuropäisch geprägte Verständnis oft an seine Grenzen. Beispielsweise gäbe es wenig Verständnis für die ukrainische Darstellung in Iwano-Frankiwsk, wo ein einziges Mahnmal sowohl an die polnische als auch an die deutsche und sowjetische Okkupation erinnere. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung hingegen bliebe unerwähnt. Wiederholt sei das westeuropäische Befremden über die gleiche

Gewichtung stalinistischer und nationalsozialistischer Verbrechen festzustellen; gleichzeitig jedoch sei auf westlicher Seite oft wenig Wissen über die Dimension kommunistischer Verbrechen festzustellen.

Als Beispiel für diese aufeinanderprallenden Rezeptionsgewohnheiten führte Kaminsky den Besuch einer Studentengruppe aus Jena im Genozid-Museum in Vilnius, Litauen und deren Kritik an Inhalt und Formen der Ausstellung an. Die Studenten seien der Auffassung gewesen, die NS-Verbrechen würden entkontextualisiert und die Kollaboration in Litauen mit den deutschen Besatzern sei unerwähnt geblieben.¹ Zudem, so die Referentin, sei in die Beurteilung einzubeziehen, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus bis 1991 in Ost-Mitteleuropa und dem Baltikum in der staatlich gelenkten Gedenkpolitik im Mittelpunkt gestanden hätte, während der Stalinismus tabuisiert worden sei. Nicht zuletzt sei damit umzugehen, dass das Bildgedächtnis zu beiden Verbrechenskomplexen eindeutige Parallelen aufweise. So seien Gefangene in Viehwaggons transportiert worden oder hätten die Deportierten die für sie selbst bestimmten Erschießungsgräben eigenhändig ausgraben müssen. Darüber hinaus gab Kaminsky zu bedenken, dass eine eindeutige Trennung zwischen Opfern und Tätern, so schwer diese bereits im Hinblick auf den Nationalsozialismus zu ziehen sei, bei stalinistischen Verbrechen überhaupt nicht möglich sei. Durch die Säuberungen und Selbstsäuberungen des Verfolgungsapparates habe es in fast jeder Familie sowohl Opfer- als auch Täterbiographien gegeben bzw. seien ehemalige Täter zu Opfern geworden und umgekehrt. Viele weitere Beispiele warfen Fragen auf, die im Verlauf der Tagung aufgegriffen werden konnten, so beispielsweise die Frage nach der Angemessenheit von Rekonstruktionen zur Veranschaulichung von Verbrechen.

Zwei Diktaturerfahrungen in einer Ausstellung. Beispiele aus Mitteleuropa

Zuzanna Bogumil vom Haus der Begegnung mit der Geschichte (Dom Spotkań z Historia) in Warschau referierte über die Ausstellung des Hauses - „Oblicze totalitaryzmu“ – das Antlitz des Totalitarismus, die im Sommer in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin gezeigt werden wird. Sie erläuterte den Kontext der

¹ Vgl. zu den Auseinandersetzungen über das Projekt: Volkhard Knigge, Ulrich Mählert (Hrsg.): Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa, Köln 2005.

in der Ausstellung dargestellten Geschichte, ihre Struktur und durch sie ausgelöste Kontroversen. Im Mittelpunkt der Präsentation stünden der individuelle Mensch und die Auswirkungen von Totalitarismus auf dessen Leben. Gezeigt würden sowohl die polnische als auch die deutsche und die russische Perspektive auf historische Ereignisse und Entwicklungen. Ausdrücklich betonte sie, dass es nicht um die Auswirkungen der Totalitarismen, sondern des Totalitarismus ginge. Am menschlichen Einzelschicksal würden die historischen Epochen dargestellt, Kommentare auf ein Minimum beschränkt. An einigen Punkten der Ausstellung hätten sich Kontroversen entzündet. So hätten insbesondere deutsche Vertreter kritisiert, durch die gewählten Inhalte und Formen der Darstellung könnten die NS-Verbrechen relativiert werden. Allerdings sei diese Kritik lediglich im Vorfeld der Realisierung geäußert worden und nach Fertigstellung der Schau verstummt. Ebenso habe es sich mit der Vermutung, hier würden beide Systeme gleichgesetzt, verhalten. Weitere Bedenken hätten sich daran entzündet, dass der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 nicht erwähnt worden sei. Dieser Einwand sei zwar in seiner Absolutheit nicht zutreffend, doch sei der Aufstand in seiner Bedeutung zu wenig gewürdigt worden. Hier würden zur Zeit Ergänzungen vorgenommen. Die auf dem 4. Gedenkstättenseminar bereits einmal durch ihren Kollegen Michail Svetlik vorgestellte Ausstellung wird zur Zeit für die Präsentation in Deutschland überarbeitet. Die in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin erarbeiteten Ergänzungen und Veränderungen bezögen sich, so Bogumil, vor allem auf die Erläuterung historischer Kontexte zur Vermeidung von Konflikten im Vorfeld. Erweiterungen gibt es zu Themen, die im polnischen Geschichtsbewusstsein präsent, aber einem deutschen Publikum weniger bekannt sind, zum Beispiel der polnisch-bolschewikische Krieg 1919-20 und das „Wunder an der Weichsel“, was für das Selbstverständnis der polnischen Republik von großer Bedeutung war.

Im Anschluss stellte **Áron Máthé** das „Haus des Terrors“ in Budapest (Ungarn) vor. An diesem Ort befand sich in dem Haus in der Andrassy ut. 60 im Jahr 1944 das Hauptquartier der ungarischen Nationalsozialisten, der sog. Pfeilkreuzler. Von 1945 bis 1956 war das Gebäude Sitz des sowjetischen Geheimdienstes und abermals Stätte von Folter und Repression. Die Gedenkstätte wurde am 22.4. 2002 eingeweiht. Gegenwärtig, so Máthé, versuchten die Postkommunisten, durch das Erlangen der Deutungshoheit über die Vergangenheit das Heute zu prägen. Deshalb sei es ein wesentliches Ziel des Hauses, Vergehen, Verbrechen und Straftaten unter

kommunistischer Herrschaft zu identifizieren und öffentlich zu benennen. Es diene der Erinnerung an die Gefolterten, Erniedrigten und Deportierten in der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur. Während der kommunistischen Herrschaft seien diese Themen tabuisiert, die Erfahrungen lediglich in den Familien weitergegeben worden. Die Ausstellung habe zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Ohne diese Ausführungen zu vertiefen, wies Máthé insbesondere auf die problematische Aktenlage hin; erst in den letzten Jahren hätten wichtige Quellen erschlossen werden können. Die Eröffnung der Ausstellung sei ein weiterer Schritt in der Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Seit ihrer Eröffnung seien weltweit über 4.000 Artikel über das Haus des Terrors publiziert worden.

Auf die in der Diskussion von einer deutschen Teilnehmerin gestellte Frage, ob bzw. in welcher Weise zwischen den ideologischen Grundlagen der deutschen Besatzung einerseits, der sowjetischen andererseits differenziert werde, reagierend, führte der Referent aus, dass hier keine Differenzierung stattfinde. Lediglich die Ergebnisse der Repression würden gezeigt. Bei den Zellen handle es sich um Rekonstruktionen, deren Inventar teilweise aus anderen Gefängnissen zusammengetragen worden sei. Weitere Fragen bezogen sich auf den Umgang mit von zu Tätern gewordenen Opfern und die in der Warschauer Ausstellung vorgenommenen Anpassungen an deutsche Rezeptionsgewohnheiten. Hier kam zum Ausdruck, dass in beiden Fällen auch uneindeutige Biographien vorgestellt werden.

Vor allem die Geschichtsdarstellung im Haus des Terrors forderte die Diskussion über die Angemessenheit von Rekonstruktionen heraus. Hier wurden deutliche Zweifel über die Legitimität eines solchen Verfahrens laut, zumal es sich bei dem ungarischen Beispiel weniger um Rekonstruktionen von Orten als um Geschichtskonstrukte handeln würde, die, begleitet von einer dauerhaften akkustischen Begleitung, das Ziel einer umfassenden Emotionalisierung des Besuchers verfolgten. Es gäbe, so einige mit der Ausstellung vertrauten Diskutanten, keinerlei Möglichkeit zum reflektierenden Rückzug. Der Holocaust würde ausgeblendet, die Ausstellung wirke suggestiv. Geschichte würde inszeniert, damit sei Manipulation angelegt. Die Warschauer Ausstellung hingegen lasse durch ihre zurückhaltende Gestaltung bedeutend mehr Freiheit in der Interpretation zu. Vermutlich eher unbeabsichtigt wirkte die Entgegnung von Máthé wie eine Bestätigung dieser Bedenken, da er ausführte, dass das ungarische Team tatsächlich die Wiederherstellung der damaligen Atmosphäre im Blick hatte, der Besucher solle

den Terror „am eigenen Leibe“ spüren. Darüber hinaus könne die Ausstellung nicht sämtliche Themen darstellen, vor allem ginge es um die Geschichte, die sich in diesem Gebäude ereignet habe. Auf die Frage nach dem Bildungsziel hin führte er aus, dass es sich um ein „Nie-wieder“- Museum handele, das das Ziel verfolge, dem Besucher zu zeigen, dass es sich bei der Demokratie um einen Wert an sich handele, den es zu erhalten und zu verteidigen gelte.

Reaktionen auf das Gedenken an den GULAG in der ehemaligen Sowjetunion

21. April 2007, nachmittags

Der am Nachmittag präsentierte Film „Freiwillig in Stalins GULAG. Junge Deutsche restaurieren ein russisches Straflager“ von Andreas Restle und Georg Maus sorgte für eine kontroverse Diskussion. Die Regisseure hatte eine Gruppe deutscher Jugendlicher in das ehemalige sowjetische Straflager Perm 36 begleitet. Von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste vorbereitet, sollten sie dort gemeinsam mit russischen Jugendlichen die dortige Gedenkstätte (getragen von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial) bei der Rekonstruktion des ehemaligen sowjetischen Straflagers unterstützen, indem sie einen Lagerzaun rekonstruierten. Das Lager existierte dort bis zum Ende der Sowjetunion und war u.a. Haftort für Dissidenten in den 1980er Jahren wie den Gefährten von Andrej Sacharow, Sergej Adamowitsch Kowaljow. Während des vierzehntägigen Projektes wurden die Jugendlichen zu ihrem Entsetzen und ihrer großen Irritation mit einem ehemaligen Wärter des Lagers konfrontiert, der im Auftrag von Memorial in der Gedenkstätte Aufsicht führte und leugnete, dass hier jemals jemand schlecht behandelt worden sei; die Häftlinge lögen, wenn sie etwas anderes behaupteten. Weitaus schwerer wog darüber hinaus, dass ehemalige Häftlinge und Dissidenten des Regimes (unter ihnen der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte Kowaljow) die Beschäftigung dieses ehemaligen Wärters in der Gedenkstätte vehement verteidigten, ja, den Jugendlichen mangelndes Demokratieverständnis vorwarfen, wenn sie gegenteiliger Meinung seien. Die Begegnung mit den Dissidenten hatten die Jugendlichen mit Enthusiasmus und Spannung erwartet und fühlten sich nach dieser unerwarteten Reaktion nicht länger ernst genommen. Der Kommentator des Films sprach von einem „falsch verstandenen Idealismus in einem fremden Lande“, der seine Ursachen offenbar in

sehr unterschiedlichen Zugängen zur Geschichte von Deutschen und Russen zu haben scheine.

In der Folge ergab sich eine Diskussion mit kontroversen Standpunkten zum Umgang mit ehemals in das System Verstrickten und der Arbeit in Gedenkstätten allgemein. Die Leiterin des Museums Perm 36 **Tatjana Kursyna** versuchte, die Haltung von Memorial zur Beschäftigung des ehemaligen Angehörigen der Wachmannschaft in der Gedenkstätte zu erklären: Mitte der 1990er Jahre habe es durchaus Interesse der russischen Öffentlichkeit an der Aufarbeitung der Repressionsgeschichte gegeben. Allerdings gäbe es kaum Wissen über die reale Geschichte, und die Bevölkerung agiere wie ein Patient nach langer Krankheit. Hier dürfe ein normales Verhalten nicht erwartet werden. Nach wie vor bewerteten ca. 60% der Bevölkerung die Stalin-Ära positiv. Letztendlich seien alle Versuche, die Verbrechen eindeutig zu verurteilen gescheitert. Auch sie selbst verlieh ihrer Meinung Ausdruck, der ehemalige Wärter, der als Angehöriger der Streitkräfte nicht unmittelbar in der Struktur der KGB beschäftigt gewesen sei (in „ausgelagerter Position“, nicht im „inneren Dienst“), sei schlicht faul gewesen, ein kleines Rädchen im Getriebe, der sich keine Beteiligung an Misshandlungen habe zuschulden kommen lassen. Ehemalige Häftlinge hätten das moralische Recht selbst zu entscheiden, ob sie ihm die Hand reichten oder nicht. Tatsächlich sei nicht gefoltert worden, die deutschen Jugendlichen hätten wohl angenommen, es habe sich um ein Vernichtungslager gehandelt. Die Mehrheit der Bevölkerung werfe Memorial und dem Museum vor, sie würden die Sowjetunion diskreditieren. Auch deshalb bräuchten sie solche Menschen wie Kukuschkin für die Zusammenarbeit, dieser gäbe Zeugnis ab, niemand habe ihn bisher in Frage gestellt. Nachdem auch **Elena Shemkova** (Memorial) im Wesentlichen die Museumsleiterin bestätigte, entspann sich eine lebhafte Diskussion über die offensichtlich mangelnde Vor- und Nachbereitung eines solchen Projekts durch die Veranstalter. Nachdem viele Diskussionsteilnehmer den Jugendlichen wenig Vorwissen und unsensibles Vorgehen unterstellt hatten, gab es auch Stimmen, die sie verteidigten und vermuteten, sie seien durchaus nicht schlecht vorbereitet gewesen, der ehemalige Wärter habe lediglich schlicht das historische Geschehen geleugnet und sie seien hier gegen eine Wand gelaufen.. Grundsätzlich jedoch stellte sich die Frage, ob der ehemalige Wärter eine Arbeit in der Gedenkstätte zustehe oder nicht. Schließlich, so die Mehrheit der deutschen Diskutanten, stelle er mit seinen Aussagen die Arbeit der Gedenkstätte grundsätzlich in Frage. Während von deutscher Seite darüber hinaus

auch die Meinung geäußert wurde, hier handle es sich um eine begrüßenswerte Form der Versöhnung, entstand in der Diskussion mit den Memorial-Mitarbeiterinnen eher der Eindruck, es handle sich um einen pragmatisch zu nennenden Umgang mit der im Umfeld wohnenden Bevölkerung.

In der Diskussion stellte sich heraus, dass der Kontakt zu den Jugendlichen nach ihrer Heimreise per Internet aufrecht erhalten worden und es zu mancher Annäherung gekommen sei, der Film also manches zugespitzt und dramatisiert habe. Nicht zuletzt bleiben die Fragen, ob nur Taten von verbrecherischem Ausmaß moralisch zu verurteilen seien, wo Verantwortung beginnt und wie Gedenkstätten mit den Mehrheitsmeinungen innerhalb der Bevölkerung umgehen können.

Fotografische Dokumente des GULAG-Systems

Tomasz Kizny (Wroclaw/Berlin): Erinnerung und Bild

Am Abend hielt der Breslauer Fotograf **Tomasz Kizny** einen aufschlussreichen Vortrag über die bildliche Erinnerung an den Gulag. Kizny gründete 1981 gemeinsam mit Freunden die staatsunabhängige Agentur „dementi“, die sich die fotografische Dokumentation des Kriegszustands in Niederschlesien zur Aufgabe machte. Seit 1986 sammelte er, unterstützt von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial und dem Warschauer Zentrum KARTA, in staatlichen und privaten Sammlungen Archivmaterial. Er traf sich mit ehemaligen Häftlingen, notierte ihre Berichte und fotografierte Überlebende. Vor allem aber reiste er an einige der wichtigsten Orte des „GULag“ – auf die Solowezki-Inseln, an den Weißmeerkanal, nach Workuta, zur Halbinsel Kolyma. Es entstanden mehrere große Fotoserien der Hinterlassenschaften des Gulag, die zusammen mit Archivmaterial in dem Band „Gulag“ (Hamburger Edition 2004) publiziert sind.

Die Frage, inwieweit die zunächst aus Tätersicht zu Propagandazwecken erstellten Fotografien eine Annäherung an die Wirklichkeit, das Leiden und Sterben in den Lagern vermitteln können, zog sich wie ein roter Faden durch seine Darstellung. Als Fotograf sei er darum bemüht, Brücken von der Vergangenheit zum Heute zu bauen. Natürlich könnten Fotos nur ein visueller Impuls sein, um sich vorzustellen, was vor ungefähr 60 Jahren tatsächlich passiert sei. Im Hinblick auf die zeitgenössischen Fotografien ließen sich unterschiedliche Kategorien von Bildern unterscheiden:

Eindeutige Propagandabilder, dokumentarische Abbildungen, Bilder zur Erinnerung für Täter sowie Fotografien, die nach der Entlassung von Häftlingen entstanden seien.

Bilder, so Kizny, würden Erinnerung einerseits bewahren, andererseits auch stets inszenieren. Für die Abbildungen des Gulag würde fast ausnahmslos gelten, dass sie unter der Kontrolle des Herrschaftsapparates entstanden seien. Aus diesem Grunde würden sie das tatsächliche Grauen in den Lagern überhaupt nicht zeigen. So gäbe es kein einziges Bild von entkräfteten und mageren Häftlingen. Ebenso wenig existierten Fotos über den Alltag im Lager oder von Transporten der Deportierten in Viehwaggons bzw. die katastrophalen hygienischen Bedingungen. Trotzdem seien auch diese Bilder wichtig für die Rekonstruktion der Erinnerung. Exemplarisch für die Zensur und Selbstzensur führte Kizny den Bau des Weißmerkanals an, der ca. 750 Tote im Monat gefordert habe. Auch hier habe der Fotograf offensichtlich genau gewusst, was nicht abgelichtet werden durfte (Quelle: Archiv der Kanalverwaltung). Als weiteres Beispiel zeigte er Fotografien vom Bau des sog. Toten Weges, einer großen, vom Polarkreis ausgehenden Eisenbahnlinie, die vollkommen sinnlos gewesen sei, deren Bau jedoch mit dem Einsatz von Sklavenarbeit unter Befehl Stalins in Angriff genommen worden war. Erst nach dessen Tod sei das Projekt eingestellt worden. Im russischen Sprachgebrauch diene „der tote Weg“ als Allegorie für die Sinnlosigkeit der Zwangsarbeit, des Leidens und Sterbens in den Lagern.

2. Sektion: Forum historisch-politischer Bildungsarbeit

Freitag, 20. April, vormittags

Dreh- und Angelpunkt des im folgenden von **Anna Pastukhova** und **Yuri Kalmykov** vorgestellten Projekts von Memorial Jekaterinburg ist die Dekonstruktion des Mythos um den Bauernsohn Pavlik Morosov. Dieser, so die reale Geschichte², hatte seinen Vater denunziert und ging für Jahrzehnte als Vorbild für die Jugend in die sowjetische Geschichte ein. Des weiteren wurde erzählt, der Junge sollte aus Rache für diese Denunziation von Familienmitgliedern ermordet werden. Solche Denunziationspraktiken, so die Propaganda, seien im Sinne des Ganzen

² Zur nach wie vor nicht eindeutig geklärten Realgeschichte vgl. die CD-Rom zum Ausstellungsprojekt: Memorial Jekaterinburg (Hrsg.): Vom Museum zur Kollektivierung im Ural, unter Mitwirkung des Instituts „Offene Gesellschaft – Russland“,

wünschenswert gewesen, Pawel Morosov ein Held. Tatsächlich sei der Junge weder, wie im Mythos behauptet, Pionier gewesen, noch habe es in dem sehr armen Dorf überhaupt Kulaken gegeben, geschweige denn eine Schule, in die er angeblich gegangen sein sollte. Allerdings habe es wirklich zwei Morde an Jugendlichen in dem Dorf gegeben, denen ein Schauprozess mit der Verurteilung von Unschuldigen, unter ihnen die Großeltern des Jungen, die noch vor der Vollstreckung des Todesurteils in der Haft verstarben, gefolgt sei. Pastukhova führte weiter aus, die Figur Morosov sei von großer Bedeutung für die Unterdrückung der Jugend in der Sowjetunion und für die Geschichte der Kollektivierung der Landwirtschaft, für deren Realisierung massiver Druck ausgeübt worden sei. Daraufhin stellte Kalmykov, einer der Autoren der Ausstellung, das Museumsprojekt anhand einer instruktiven Darstellung auf CD-Rom vor: Ein Rotes Rad als wiederholt in der Ausstellung erscheinendes Symbol steht in Anlehnung an Solschenizyn für Repression. Eine Präsentation der Ausstellung in vier Räumen des vermeintlich ehemaligen Schulgebäudes ist in Planung, u.a. wird der historische Kontext, in dem Pawlik Morosov aufwuchs, dargestellt. Es folgten weitere Einführungen in Gestaltungselemente. Beispielsweise dient ein Kubus, fast vollständig gefüllt mit Weizenkörnern, zur Veranschaulichung der Ohnmacht des Einzelnen und kann zudem als Symbol für die massenhaften Opfer des Gulag gelesen werden. Weitere Assoziationen seien möglich.

Wesentlich sei, dass Morosov nach wie vor unterschiedlich wahrgenommen werde: Als Opfer einer Familienfehde oder als instrumentalisierter Denunziant für das Pressen der Bauern zur Kollektivierung.

Nicht nur aus Gründen der sehr lückenhaften Aktenlage, die keine eindeutige Interpretation zuließe, sondern auch aus didaktischen Erwägungen heraus, ist das Museum von der Idee einer weitgehenden Interpretationsoffenheit getragen, zeigt explizit verschiedene Perspektiven auf die Geschichte, um Besuchern eigene Interpretationen zu ermöglichen - eine Herangehensweise, die die Tagungsteilnehmer sehr beeindruckte und über Möglichkeiten der Übertragung auf die Darstellung anderer historischer Themen anregte.

In der Diskussion spielten darüber hinaus Themen wie Mythen in ihrer Bedeutung für totalitäre Systeme ein Rolle. Zentral war die Frage nach der Haltung der heutigen Dorfbevölkerung im Hinblick auf das Projekt. Die behutsame Annäherung durch Kalmykov, der das intensive Gespräch mit den Dorfbewohnern suchte und sie von dem Sinn der Dekonstruktion des Mythos zu überzeugen vermochte, beeindruckte stark. Doch trotz großer Unterstützung der Bewohner, so die Ausstellungsmacher,

schwimme das Projekt gegen den Strom und gäbe es kein staatliches Interesse, die Vergangenheit kritisch zu beleuchten. Die jahrzehntelange Angst wirke darüber hinaus bis heute nach: Die Dorfbewohner seien der Überzeugung, dass die Angehörigen von Morosov ihn seinerzeit nicht umgebracht hätten, scheuten jedoch, dies öffentlich zu artikulieren. Insgesamt sei die Kluft zwischen offizieller und privater Erinnerung sehr groß. Das Museum hat sich zum Ziel gesetzt, diese Lücke Stück für Stück zu schließen.

Die Ausstellung „Vernichtung der polnischen Eliten. Die Aktion AB – Katyn

Der Fokus des Vortrags von **Leszek Rysak** (IPN Warschau) lag auf der Veranschaulichung des gleichzeitigen Angriffs Polens durch das NS-Regime und die Sowjetunion. Rysak konstatierte, dass es sich 1939 um eine konzertierte Aktion beider Aggressoren handelte, die ihren Ursprung im Hitler-Stalin-Pakt gehabt habe. In diesem Vertrag und dessen Zusatzprotokoll sei festgelegt worden, dass dem deutschen Angriff innerhalb einer Woche der sowjetische folgen sollte. Anhand parallel gezeigter Bilder der deutschen und sowjetischen Besatzung und Verbrechen führte Rysak darüber hinaus aus, welche verheerende Folgen dieser Einmarsch in Polen ohne Kriegserklärung für ganz Mitteleuropa gehabt habe. Sowohl von deutscher als auch von sowjetischer Seite sei ein Vernichtungskrieg geführt worden. Im Frühling und Sommer des Jahres 1940 wurden im Rahmen der sog. AB-Aktion im „Generalgouvernement“ etwa 7.500 Personen verhaftet und ermordet. Erkennbar sei eine gut organisierte Zusammenarbeit gegen die polnische Bevölkerung, es habe eine gute Koordination und die Festlegung der Abfolge der verbrecherischen Handlungen gegeben. Die Bilder veranschaulichten sowohl die ersten Monate der deutschen Besatzung mit ihren Massenverhaftungen und Inhaftierungen im Warschauer Gefängnis Pawiak als auch die Massenerschießungen polnischer Offiziere durch das NKWD. Im April 1940 folgten die Deportationen der Familien nach Kasachstan. Auf der sowjetischen Seite habe es keine Unrechtsbewusstseins gegeben. Die polnische Seite hingegen habe stets darauf bestanden, Katyn als Teil des Völkermords zu bewerten. Doch selbst nachdem Russland die Täterschaft zugegeben habe, sei eine solche Bewertung nicht erfolgt.

In der Diskussion wurde von einer deutschen Teilnehmerin zu bedenken gegeben, dass trotz der Tragik der Gleichzeitigkeit beider Verbrechen die Unterschiede ebenfalls herausgearbeitet werden müssten. So verständlich die Hervorhebung der sowjetischen Verbrechen aus polnischer Perspektive sei, so sehr käme es gerade in der Bildungsarbeit darauf an, historische Entwicklungen in ihren jeweiligen Kontext zu stellen. Hier wäre beispielsweise der deutsche Rassenhass einerseits, der Große Terror in der UdSSR andererseits als wesentliche Voraussetzungen für die während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen zu benennen. Vor dem Hintergrund einer jüngsten Äußerung des russischen Präsidenten und ehemaligen KGB-Mannes Putin, so eine Tagungsteilnehmerin aus Weißrussland, das mit Abstand schlimmste Ereignis der Geschichte des 20. Jahrhunderts sei für ihn der Zusammenbruch der UdSSR, wurde einmal mehr die Dringlichkeit von Rysaks Anliegen deutlich.

Im Anschluss referierte **Keith R. Allen** (Berlin) unter dem Titel „Der Kalte Krieg als heiße Ware“ über das geschichtliche Erbe des Kalten Krieges in den USA. Seit 1991 sei hier ein deutlich gewachsenes Interesse an der Geschichte des Kalten Krieges zu bemerken. So hätten öffentlich zugängliche Atombunker die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Doch, so Allen, sei kritisch zu fragen, wer entscheide, was vom Kalten Krieg übrig bleibe und die Gegenwart präge, welche Menschen und Institutionen mit welchen Motiven sich für den Kalten Krieg interessierten. Insbesondere fünf Faktoren seien die Voraussetzung für die Beschäftigung mit der Thematik: 1. die staatliche Finanzierung, 2. der entstandene intergenerationelle Dialog, 3. die Auseinandersetzung mit dem eigenen Geschichtstrauma, 4. die Entwicklung der Zivilgesellschaft und schließlich 5. ein gewisser Grad an materiellem Wohlstand. Zudem würde im Dialog zwischen den Generationen mittlerweile die Familiengeschichte und private Erinnerung an die öffentliche Erinnerungskultur angenähert. Hier sei u.a. zu beobachten, dass diese Erinnerung und die Entdeckung eigener Traumatisierungen wie das ständige Gefühl der Bedrohung und gesundheitliche Schädigungen durch Atomanlagen hinter der US-amerikanischen Erinnerung an den europäischen Holocaust zurück bliebe. Dieser sei Maßstab für Symbolisierung und Erzählung der eigenen Leidensgeschichte. Dabei werde die atomare Vernichtung, deren Opfer Japan geworden sei, beiseite geschoben, damit sich die USA als Opfer des verhinderten Atomkrieges darstellen könnten. Nicht zuletzt führe ein gewisser materieller Wohlstand zur Kommerzialisierung und damit

zur Verbreitung der Erinnerung an den Kalten Krieg. So würden beispielsweise Ohringe in Atombombenform verkauft.

In der Diskussion wurde deutlich, wie sehr die US-amerikanische Perspektive von der mittel- und osteuropäischen abweicht: Im Rahmen des Kalten Krieges begangene Verbrechen und deren Opfer kommen in der Erzählung nicht vor. Die strikte Trennung zwischen dem Kalten Krieg einerseits und Verbrechen andererseits, so Allen, führe dazu, dass beispielsweise Menschen, die wegen Spionage für die USA in den stalinistischen Verfolgungsapparat gerieten, kaum Erwähnung fänden. Tatjana Kursyna (Memorial) wies darüber hinaus auf einen weiteren großen Unterschied zwischen US-amerikanischer und russischer Erinnerung hin: So gäbe es zwar auch in der ehemaligen Sowjetunion viele Opfer des Kalten Krieges, jedoch trotz Insistierens von Memorial keine Möglichkeit zur Freigabe von Raketensilos und der Thematisierung von mit den Atomprogrammen zusammenhängenden Krankheiten.

Tourismus versus Erinnerungsort. Der Komplex „Riese“ im Eulengebirge: Exkursion und Besichtigung der Stollenanlage

Freitag, 20. April 2007, nachmittags

Nachmittags folgte eine Exkursion zum „Komplex Riese“, den Stollen im Eulengebirge, auf die **Mariusz Zajaczkowski** (Lublin) und **Ulrike Ernst** (Saarbrücken) inhaltlich einstimmt. Beide gehören einem durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft finanzierten Geschichtsprojekt der Stiftung Kreisau an, das sich zum Ziel gesetzt hat, die kritische Aufarbeitung des durch die Nationalsozialisten initiierten „Komplex Riese“ voranzutreiben. Die eigentliche Bestimmung der umfangreichen Stollenanlagen, so Zajaczkowski, sei bis heute nicht eindeutig geklärt. Es gäbe jedoch Vermutungen über Planungen zur Errichtung eines neuen Führerhauptquartiers oder über die geplante Entwicklung von Waffen. Die Aushebung der Stollen sei unter unmenschlichen Bedingungen und mit hohen Todesraten durch Zwangsarbeiter aus der Ukraine und Russland erfolgt, ab 1944 hätten hier Häftlinge aus dem nahegelegenen Konzentrationslager Gross-Rosen Zwangsarbeit verrichten müssen. Zur Zeit unterstehen die Stollen unterschiedlichen Trägern. Eine dieser Anlagen unter privater Trägerschaft wurde besonders von der Projektgruppe kritisiert, da hier ohne Kontextualisierung Touristen mit Events wie

Paddelfahrten durch die Stollen in Militariaausrüstung u.ä.m. angelockt würden. Es handle sich um ein „militärisches Disneyland“, das keinerlei Informationen über die Zwangsarbeit biete. Daher gibt es aus Sicht der Projektgruppe eine unbedingte Notwendigkeit zur historischen Aufarbeitung, die vermutlich ohne die jetzigen Betreiber erfolgen werde, weil von dieser Seite kaum Bereitschaft zur Zusammenarbeit erwartet wird. Das Ziel des Projekts bestehe vor allem darin, den Opfern gerecht zu werden. Dieser überaus kritischen Einführung folgte die Exkursion mit einer Führung durch einen in kommunaler Trägerschaft befindlichen Stollen. Der Austausch über die Eindrücke, die die Exkursion bei den Teilnehmern hinterlassen haben, zeigte, dass die harsche Kritik an der jetzigen Gestaltung nicht geteilt wurde. Die Führung sei durchaus sachlich verlaufen, auch sei auf die Zwangsarbeit und die hohen Todesraten hingewiesen worden. Das Problem bestehe vermutlich weniger in der Vermittlung als im weitgehende fehlenden Forschungsstand. Allerdings, so Ulrike Ernst, habe es sich hier auch nicht um den in privater Trägerschaft befindlichen Stollen gehandelt, der besichtigt sei in der Präsentation moderater, doch ebenso zu kritisieren, da jede historische Kontextualisierung fehle. Im Verlauf der Diskussion wurde erläutert, dass die Erschließung vor zwölf Jahren auf das Engagement einzelner Interessierter aus der Umgebung zurückging, teilweise seien Schätze in den Stollen vermutet worden, doch in jedem Fall, so die fast einhellige Meinung der Teilnehmer, müsse der Kontakt zu den jetzigen Betreibern gesucht werden. Das Eingreifen von außen sei fragwürdig. Nicht zuletzt wurde angemerkt, dass die Entrüstung von deutscher Seite über den Umgang mit der Repressionsgeschichte an die in dem zuvor gesehenen Film über das Schülerprojekt im Museum Perm 36 erinnere. Etwas weniger moralische Entrüstung und mehr Suche nach Verständigung sei angebracht. Auch sei ein Kompromiss zwischen kommerzieller Nutzung und Aufklärungs- und Gedenkarbeit notwendig. In der Abschlussdiskussion wurde die Frage nach dem Zugang zur örtlichen Bevölkerung aufgenommen und die Frage, wie der Eindruck, Historiker würden besserwissend von außen kommen, vermieden werden könne. Positiv wurde Bezug zu dem Vorgehen der Mitarbeiter von Memorial Jekaterinburg und dem Pavel Morosov-Museum genommen. Hier sei der Kontakt zur Bevölkerung einfühlend gesucht worden, so dass ein Miteinander habe entstehen können. Im Hinblick auf das Projekt in Perm 36, aber auch im Zusammenhang mit der beabsichtigten Entwicklung eines Gedenkkonzepts für die Stollen im Eulengebirge sei kritisch zu hinterfragen, ob es sich hier nicht um enthusiastischen Eifer mit dem Ziel handele, letztendlich eine

„typisch deutsche Gedenkstätte“ errichten zu wollen. Bei aller Begrüßung von historischem Interesse, Enthusiasmus und Idealismus sei hier eine kritische Reflexion, die die Situation der Menschen vor Ort (teilweise von großer Arbeitslosigkeit geprägt) berücksichtige. Mit der Konfrontation von Eigen- und Fremdwahrnehmung könne ebenfalls in Projekten gearbeitet werden, um zur gegenseitigen Annäherung beizutragen.

Insgesamt gab es eine ausgesprochen positive Rückmeldung auf das Seminar. Die Erwartungen zum gegenseitigen Austausch, zu Anregungen für die eigene Arbeit und zum Erfahren neuer interessanter Fakten sei teilweise sogar übertroffen worden. Sowohl in den Referaten als auch in den Diskussionen sei es gelungen, die jeweiligen Perspektiven auf historische Ereignisse und Abläufe plastisch herauszuarbeiten. In Kreisau habe auch Emotionalität ihren Platz, das Seminar könne so als Teil des Annäherungs- und Versöhnungsprozesses zwischen West- und Osteuropäern jenseits geschichtspolitischer Streits verstanden werden. Auch werde hier nicht vergessen, dass es aktuell andauernde Tragödien und Gefährdungen der Demokratie gäbe.